

Pädagogische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Pädagogische Blätter : Organ des Vereins kathol. Lehrer und Schulmänner der Schweiz**

Band (Jahr): **7 (1900)**

Heft 9

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Pädagogische Rundschau.

(Aus der Vogelperspektive.)

Zürich. Die vom Regierungsrate durchberatene Verordnung betreffend das Volksschulwesen enthält 156 Artikel und ist eingeteilt in: organisatorische Bestimmungen, das Schulhaus, die Schulgesundheitspflege, die Absenzen, die Disziplin, Beaufsichtigung und Beurteilung der Volksschule, Handarbeitsunterricht der Mädchen, die Privatschulen, Schluß- und Uebergangsbestimmungen. Sie unterliegt der Genehmigung des Kantonsrates.

Bern. Das „Pays“ stellt fest, daß an der Primarschule in Bruntrut ein Lehrer protestantischer Konfession, der überdies aus seiner Zugehörigkeit zur Loge kein Hehl mache, der katholischen Schülerschaft den Religionsunterricht erteile!

— Münschingen hat die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel einzuführen beschlossen.

— Die Sektion Wattenwyl des bern. Lehrervereins hat nach einläßlicher Diskussion beschlossen, die Fusion des bern. mit dem schweiz. Lehrerverein abzulehnen.

— Auch in der Versammlung der Sektion Bollingen herrscht keine „fusiönliche“ Stimmung und eine Vereinigung wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. — In gleichem Sinne entschied in Großaffoltern der Lehrerverein des Amtes Narberg. — Nur in der Sektion Belp wurden die anderwärts ausschlaggebenden Gründe, wie es scheint, von niemanden verfochten.

— Die Amtsversammlung der Abgeordneten der Armenbehörden im Amtsbezirk Signau hat beschlossen, in allen Gemeinden des Amtsbezirks Freunde für Förderung der Fürsorge für schwachbegabte Kinder zu beginnen und sie zu einem jährlichen Beitrage von wenigstens einem Franken zu verpflichten.

Luzern. Der demokratische Verein hat einstimmig beschlossen, auf dem Initiativwege die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel an den städtischen Schulen zu fordern, sofern diese nicht vom Stadtrat eingeführt wird.

St. Gallen. Seminar Marienberg. Von den 19 Aspiranten und 3 Aspirantinnen dieses Jahres bestanden alle die Aufnahmeprüfung; 21 wurden in die erste Klasse, 1 in die zweite aufgenommen. 10 sind Katholiken, 12 Protestanten.

— Laut „Amtsblatt“ vom 15. April sind zirka 19 Schulen unbesezt. —

— Provisorisch patentiert wurden auf 2 Jahre 26 Lehramtskandidaten.

— Die Schulgemeinde Mörtschwil hat am Ostermontag einstimmig an Stelle des leider wegziehenden Oberlehrers, Herrn A. Baumgartner, als dessen Nachfolger Herrn Lehrer Göldi, z. B. in Grub, gewählt, und in gleicher Versammlung die Gehalte des Mittel- und Unterlehrers von Fr. 1300 auf Fr. 1500 erhöht, ohne irgendwelche Opposition.

Die katholische Schulgemeinde Kirchberg hat jüngst einstimmig die Uebernahme der neu zu gründenden Realschule auf die Anregung und Befürwortung des hochw. Herrn Pfarrer Bühler beschlossen. An freiwilligen Beiträgen sind jährlich 5400 Fr. gesichert und zwar für 6 Jahre. Die Schulgemeinde hat die Leitung der Realschule dem Primarschulrat übertragen.

Graubünden. Die von 300 Mann besuchte kantonale Lehrerkonferenz in Thusis behandelte die Frage der Lehrerbefoldungen. Nach sehr lebhafter Debatte beschloß sie einstimmig, den großen Rat zu ersuchen, daß er das Befoldungsminimum auf 800 Fr. festsetze, wonach 400 Franken die Gemeinden, 400 der Staat zu tragen hätte. Eventuell soll eine Skala nach dem Dienstalter eingeführt werden, nach der die Gemeinde 400 Fr., der Kanton bis zu

fünf Dienstjahren 300, von 5—10 Dienstjahren 350, bei 10 und mehr Dienstjahren 400 Fr. zu bezahlen hätte. (Evang. Schulbl.)

Baad. Die Schuldirektion der Stadt Lausanne erklärte auf eine Anfrage ihre Bereitwilligkeit, am 1. Mai solchen Schülern frei zu geben, deren Eltern um die Erlaubnis schriftlich einkämen.

Genf. Die Konferenz westschweizerischer Erziehungsdirektoren beschloß, den Kantonsregierungen die Entsendung von je einem kantonalen Delegierten an die Pariser Weltausstellung zu empfehlen.

Deutschland. Breslau. Der Verleger Arnold Hirt in Leipzig hat der Stadt Breslau eine Zuwendung von vorläufig 10 000 Mk. zur Errichtung einer „Ernestine-Hirt-Stiftung“ zu Gunsten katholischer oder evangelischer Lehrerinnen Breslaus, sowie in Breslau „habilitierter“ Lehrer-Witwen, Lehrer-Kinder oder Lehrer-Waisen gemacht.

Gnesen. Hier besteht seit Jahresfrist ein Volksbildungsverein. Ein diesem Verein fernstehender Lehrer erhielt von der Behörde die Anfrage, sich darüber zu erklären, warum er es bisher nicht für nötig gehalten, dem qu. Verein anzugehören.

Erfurt. Die hiesige Königl. Regierung hat folgende abändernde Verfügung über die Bestrafung von Schulverfäumnissen erlassen: „Jedes Schulkind bedarf zur Verfäumniß der Schule, auch auf die kürzeste Zeit, einer Erlaubnis.“ Damit ist gesagt, daß auch das Fortbleiben von Schulfeiern u. ohne Erlaubnis strafbar ist.

Thüringen. Nach einem Erlaß des Ministeriums ist den Lehrern des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen die Ausübung der Jagd von jetzt ab definitiv verboten.

Alvensleben. (Rgb. Merseburg.) Ein Lehrling, welcher sich in der Fortbildungsschule gegen den Rektor M. in unverschämtester Weise benommen hatte, wurde vom Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis und Tragung aller Kosten verurteilt. Der Amtsanwalt hatte nur 14 Tage Gefängnis beantragt.

Koblenz. In der Stadtverordneten-Versammlung vom 15. März wurde die Alterszulage der Volksschullehrer einstimmig von 165 auf 200 Mk. und die der Volksschullehrerinnen von 110 auf 130 Mk. erhöht. Das Grundgehalt beträgt für Lehrer 1400 Mk., für Lehrerinnen 1050 Mk.; die Mietsentschädigung für verheiratete Lehrer 450 Mk., für Lehrer ohne eigenen Haushalt und für Lehrerinnen 300 Mk.

Berlin. Mit Genehmigung des Unterrichts- und Landwirtschaftsministers reist eine japanesische Schulkommission durch Preußen, um die Schulverhältnisse von dem Gymnasium ab bis zur Volksschule, auch diejenigen der landwirtschaftlichen Winterschulen aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Die gesammelten Erfahrungen sollen dann in der Heimat verwertet werden.

— Der Berliner Verein zur Förderung der Blumenpflege durch Schulkinder hat mit seinen Bestrebungen guten Erfolg gehabt. Da im vorigen Jahr ein glücklicher Versuch mit der Anpflanzung und Pflege von Dattelpalmen in der 19. Gemeindeschule gemacht ist, so werden in diesem Jahre andere Schulen folgen und namentlich die Palmenpflege nach dem von Dr. Dammer, dem Rustos des Königl. botanischen Gartens, herausgegebenen Buche über „Anzucht und Pflege der Palmen“ betreiben.

Trier. Die Königl. Regierung hat verfügt, daß diejenigen Eltern, welche ihre Kinder aus Bosheit oder Renitenz gegen den Schulzwang, also absichtlich vom Schulbesuche zurückhalten, täglich und nicht mehr wie früher nur wöchentlich mit der höchsten zulässigen Strafe belegt werden sollen.